

Europa bildet sich in Heidelberg weiter

**Minister aus 39 Staaten treffen sich am 1. und 2. März in der Stadthalle
– Stadtspitze wusste von nichts – Große Gegendemo geplant**

Von Holger Buchwald

Bildungsexperten in ganz Europa werden auf Heidelberg blicken, wenn sich hier am 1. und 2. März die Vertreter von 39 europäischen Staaten zu einer Bildungsministerkonferenz treffen. Unterdessen stellt sich die Polizei auf einen Großeinsatz ein. Denn während die Politiker und Bildungsexperten in der Stadthalle tagen, haben Gewerkschaften, Globalisierungskritiker, Studenten und linke Gruppen zu einer bundesweiten Protestkundgebung aufgerufen.

Nicht nur die Minister der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden erwartet, sondern auch die von zwölf anderen Ländern, etwa aus Norwegen, der Schweiz, Serbien und der Türkei. Das Bundesbildungsministerium feilt mit Hochdruck am Programmwurf, während die Heidelberger Stadtverwaltung von dem Großereignis überrascht wird. Oberbürgermeister Eckart Würzner hatte bis gestern noch keine Kenntnis von der Konferenz. Und das, obwohl die stadteigene Heidelberger Kongress- und Tourismus GmbH (HKT) Vermieter der Stadthalle ist.

"Bildung verbindet" lautet der Titel der Konferenz. Ministeriumssprecher Christian Herbst: "Bildung wird in Europa nie in einem einheitlichen System organisiert werden, bei dem Ministertreffen geht es aber um Werte und damit um die Basis von gemeinsamen Bildungsstandards." Gestern kündigte Ministerin Annette Schavan überdies in Brüssel an, dass sie in Heidelberg die Möglichkeiten für ein gemeinsames europäisches Geschichtsbuch ansprechen will. Referenten wie der frühere Präsident der Akademie der Künste, Adolf Muschg, werden ebenso an dem Treffen teilnehmen wie EU-Kommissar Ján Figel.

Mit den Slogans "Freie Bildung für alle" und "Bildung ist ein Menschenrecht" machen die Gegendemonstranten für den 1. März mobil. Die Protestkundgebung wird von der Gewerkschaft ver.di, der IG Metall Heidelberg, dem DGB Rhein-Neckar ebenso unterstützt wie von der globalisierungskritischen Organisation Attac, dem Antifa-Bündnis Heidelberg und verschiedenen studentischen Gruppen wie dem Arbeitskreis Studiengebühren. Die Demonstranten wehren sich unter anderem gegen Privatisierungstendenzen in der Bildung, fordern eine Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und kostenlose Bildungsangebote für alle Menschen. Sie wollen vom Hauptbahnhof bis zum Universitätsplatz marschieren. Ob es so weit kommen wird, wird sich zeigen. Aus Sicherheitsgründen könnte es durchaus sein, dass die Demonstranten mit Auflagen vom Ordnungsamt rechnen müssen.

Trotzdem interessiert sich Ministeriumssprecher Christian Herbst für die Kundgebung. Es könne gut sein, dass sich ein Dialog zwischen Konferenzteilnehmern und Demonstranten ergebe.